

USA fordern von Europa: Wer zahlt für die Waffenhilfe an die Ukraine?

US-NATO-Botschafter Whitaker erwartet von Europa finanzielle Unterstützung für Waffenhilfen an die Ukraine. Details folgen.



NATO-Hauptquartier, Brüssel, Belgien - Der US-NATO-Botschafter Matthew Whitaker hat sich heute im NATO-Hauptquartier zu den laufenden Waffenhilfen für die Ukraine geäußert. Laut seiner Einschätzung wird der Abzug der USA aus der Finanzierung der Waffenhilfen nicht zu Engpässen führen. Die Vereinigten Staaten erwarten vielmehr, dass europäische Länder ihren Anteil an den notwendigen finanziellen Mitteln aufbringen. Dies geschieht im Rahmen einer geplanten Vorgehensweise, bei der US-amerikanische Verteidigungsausrüstung an europäische Verbündete verkauft wird, die diese wiederum an die Ukraine weitergeben können. Die Koordinierung der Waffenhilfen bleibt dabei unter dem Dach der NATO.

Whitaker sprach außerdem über die jüngsten Ankündigungen von US-Präsident Donald Trump, der festgelegt hat, dass die USA bereit sind, neue Waffenlieferungen an die Ukraine in Aussicht zu stellen, jedoch nur unter der Bedingung, dass andere NATO-Partner ebenfalls für diese Kosten aufkommen. Ein wichtiger Fokus liegt auf der Unterstützung der Ukraine bei der Luftverteidigung, insbesondere im Hinblick auf das dringend benötigte Luftverteidigungssystem Patriot. Deutschland hat zwar bereits angekündigt, etwa zwei Milliarden Euro für zwei Systeme bereitzustellen, doch bleiben Fragen zur Herkunft der Gelder offen. In diesem Zusammenhang führt Whitaker Gespräche mit hochrangigen Vertretern, darunter der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Unterstützung der NATO-Staaten

In einer neuen Äußerung bestätigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass die NATO-Staaten der Ukraine weitere Waffenlieferungen versprochen haben, die auch Flugabwehrsysteme umfassen. Details zu diesen Lieferungen sind jedoch noch offen und sollen in den kommenden Tagen bekannt gegeben werden. Außer Deutschland werden auch andere NATO-Mitglieder ihre Bestände überprüfen, um zügig Unterstützung zu leisten. Die Ukraine sieht sich angesichts der erhöhten militärischen Aggressivität Russlands, die in den letzten Wochen mehrfach zu Luftangriffen auf die Infrastruktur geführt hat, einem dringenden Bedarf an militärischer Unterstützung gegenüber.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat angesichts der angespannten Lage lautstark um sofortige militärische Hilfe gebeten. Er fordert insbesondere den Einsatz von mindestens sieben Patriot-Flugabwehrraketensystemen, um die Frontlinien zu stabilisieren und die kritische Energieinfrastruktur zu schützen. Die Bundesregierung hat in diesem Kontext bereits die Lieferung eines weiteren Patriot-Systems zugesichert.

Finanzielle Unterstützung aus Europa

Die finanziellen Verpflichtungen der NATO-Partner nehmen Formen an. So haben die Niederlande beispielsweise vier Milliarden Euro für die Ukraine zugesagt. Zudem steht der amerikanische Kongress kurz vor einer Entscheidung über die Freigabe von rund 60 Milliarden Dollar für die Ukraine. Angesichts der Notwendigkeit, Munition, Ersatzteile und finanzielle Unterstützung zu gewährleisten, ist eine klare und zeitnahe Handlung seitens der NATO-Staaten entscheidend.

Der Blick auf die gesammelten Ressourcen zeigt, dass einige EU-Länder, die nicht über die geforderten Patriot-Systeme verfügen, bereit sind, den Kauf solcher Systeme zu unterstützen. Dazu gehören Frankreich und Italien, die jedoch das SAMP/T-System nutzen, das nicht mit ukrainischen Raketenkompatibel ist. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat mehrfach betont, dass dieses System auch zum Schutz wichtiger militärischer Installationen benötigt wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Unterstützung für die Ukraine durch die NATO-Staaten auf vielen Ebenen koordiniert wird. Jedoch bleibt abzuwarten, wie schnell und konkret die Ankündigungen umgesetzt werden können. Der Druck auf die Ukraine wächst, und die Dringlichkeit der militärischen Hilfe ist nicht zu übersehen, insbesondere in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen im Konflikt mit Russland.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	NATO-Hauptquartier, Brüssel, Belgien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.tagesschau.de• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at